

6 Deutschland und Israel

I Deutsch-israelische Beziehungen Gestern — heute — morgen*

Von Rudolf Küstermeier, Tel Aviv

Das 25jährige Jubiläum des Staates Israel mag ein natürlicher Anlass sein, auch die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen zu erörtern. Als zusätzlicher Anlass erscheint der kürzlich erfolgte Israel-Besuch des Bundeskanzlers¹.

Die deutsch-israelischen Beziehungen sind in den 25 Jahren seit der Gründung des Staates Israel einen weiten Weg gegangen. Er gliedert sich deutlich in drei Abschnitte. Es ist möglich, dass wir am Beginn oder vor dem Ende eines vierten Abschnitts stehen.

Der erste Abschnitt umfasst die Jahre von 1948 bis 1952. Zu dieser Zeit gab es israelische Konsulate in München und Berlin. Sie waren bei den alliierten Besatzungsmächten akkreditiert und sorgten vor allem für die in Massen nach Israel strebenden Displaced Persons (DPs), heimatlose Menschen, die aus Konzentrationslagern und Arbeitslagern befreit oder nach Westen geschwemmt worden waren mit der Flüchtlingswelle, die der Vormarsch der sowjetischen Armeen nach Mitteleuropa ausgelöst hatte. Beide Konsulate wurden geschlossen, als sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, d. h. als die jüdischen DPs, die nach Israel wollten, Deutschland verlassen hatten.

Der zweite Abschnitt der deutsch-israelischen Beziehungen begann mit den Verhandlungen um die Wiedergutmachungs-Abkommen, die am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichnet worden sind. Ein halbes Jahr später, Anfang Mai 1953, nahm in Köln die »Israel-Mission« ihre Arbeit auf². Sie war Einkaufsmision für die Waren, die Israel im Rahmen des Luxemburger Abkommens, also auf Kosten der Bundesregierung, in der Bundesrepublik kaufen sollte. Der Einkaufsmision wurde eine konsularische Abteilung angegliedert. Damit war ein erster Schritt zu einer echten diplomatischen Vertretung Israels in der Bundesrepublik vollzogen. Für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik war die Zeit noch nicht reif.

Logischerweise hätte die Kölner Israelmission ein deutsches Gegenstück in Tel Aviv bekommen müssen. Im Jahre 1956 wurde eine entsprechende Verabredung getroffen. Zu ihrer Durchführung kam es nicht, weil in Bonn Bedenken entstanden. Es begann die Herrschaft der »Hallstein-Doktrin«³. Eine Intensivierung der deutsch-israelischen Beziehungen sollte vermieden werden, um nicht eine Anerkennung der DDR durch die Araber zu provozieren. Mit solcher Anerkennung zu drohen, war ein beliebtes Druckmittel der arabischen Regierungen, bis Bundeskanzler Erhard, in spontaner

Reaktion auf die als unfreundlichen Akt betrachtete Einladung Ulbrichts nach Kairo, den Israelis die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen anbot.

Einen wichtigen Beitrag zur allmählichen Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen haben die in den Verträgen von 1952 vereinbarten Wiedergutmachungsleistungen bedeutet. 3 Milliarden DM hat der Staat Israel bekommen als Entschädigung dafür, dass er, wie es in der Präambel des Luxemburger Abkommens heisst, »die schwere Last auf sich genommen hat, so viele entwurzelte und mittellose jüdische Flüchtlinge, aus Deutschland und den ehemals unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten, in Israel anzusiedeln«. Dazu kamen die Wiedergutmachungszahlungen an einzelne Geschädigte⁴; auf verschiedene Weise sind auch diese Zahlungen zu einem erheblichen Teil der israelischen Wirtschaft zugute gekommen⁵. Bis zum Ende des Jahres 1972 sind über 13 Milliarden DM an israelische Berechtigte gezahlt worden; ein ungefähr gleich hoher Betrag wird noch zu zahlen sein, bis die letzten Berechtigten verstorben sind⁶.

Von jüdischer Seite wird immer wieder hervorgehoben, dass diese Leistungen, so gross sie auch sind, doch bei weitem nicht dem entsprechen, was die Juden in Mitteleuropa verloren haben. Es wird aber anerkannt, dass die Bundesregierung guten Willen gezeigt und dass sie sich zu beträchtlichen Leistungen verpflichtet hat, bevor das deutsche »Wirtschaftswunder« sich auswirkte, also bevor man wissen konnte, wie leicht oder wie schwer es sein würde, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Für die Gesamtentwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen vor ihrer Formalisierung im Jahre 1965 ist besonders die Begegnung zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion bedeutsam gewesen, die am 14. März 1960 in New York stattfand. Dabei war das wichtigste nicht, was die beiden Staatsmänner an praktischen Massnahmen für die Zukunft besprochen haben, sondern dass sie überhaupt zusammenkamen, dass sie Vertrauensbeziehungen fassten und dass damit über alle Paragraphen und alle Alltagsprobleme hinweg eine Brücke von Mensch zu Mensch geschlagen wurde. Diese Brücke war so tragfähig, dass auch die weitere Verschiebung der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen nicht mehr schaden konnte, trotz der Nachteile, die sie laufend für die israelische Aussenpolitik gebracht hat. Insbesondere hat Nasser immer wieder darauf verwiesen, dass die Bundesrepublik nicht bereit sei, Israel anzuerkennen, und er hat diese Tatsache als Argument benutzt, afrikanische Staaten von der Anerkennung Israels abzuhalten oder bereits bestehende Beziehungen zu stören.

Mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen begann der dritte Abschnitt der allmählich ziemlich intensiv gewordenen deutsch-israelischen Kontakte⁶. Am 16. März 1965 hat das israelische Parlament ihr mit grosser Mehrheit zugestimmt. Am 19. August 1965 hat der erste deutsche Botschafter in Jerusalem, am 24. August 1965 der erste israelische Botschafter in Bonn sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Gegenwärtig residiert in Bonn der zweite israelische, in Tel Aviv bereits der dritte deutsche Botschafter. So weit es um diplomatische Technik geht, sind die Beziehungen zwischen

* Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers und der Schriftleitung entnommen aus: Israel-Forum (XV/4), August 1973, S. 21 ff. [Alle Anmerkungen d. Red. d. FR].

¹ S. u. S. 125 ff.

² S. Rundbrief X, 19/20, 1953, S. 32.

³ Vgl.: Moshe Tavor: Die deutsch-israelischen Beziehungen. In: FR XIV, Nr. 53/56/1962, S. 27 ff. Vgl.: Das Deutschland-Israel Abkommen. In: FR VI 21/24, S. 33 f.: Ein Interview mit Dr. Shinnar, 5 Jahre Deutschland-Israel-Vertrag. Von Kurt Grossmann. In: FR X, 37/40, Oktober 1957, S. 7 f.

⁴ Otto Küster: Deutsche Wiedergutmachung (1957). In: FR/September 1960 XII/1960, S. 4 f.

⁵ Zur individuellen Wiedergutmachung. In: FR XVIII/1966, S. 95 f.

⁶ Vgl. in FR XVI/XVII/1965, S. 91 ff.

Israel und der Bundesrepublik als normal zu bezeichnen. Ihr Inhalt dagegen bleibt, wie erst der Israelbesuch des Bundeskanzlers wieder gezeigt hat, aus historischen und moralischen Gründen umstritten. Die Trauer um Millionen Tote, das Entsetzen über unsagbare Verbrechen und eine immer von neuem hervortretende Befangenheit gegenüber allem Deutschen gehen zu tief, als dass man sie übersehen könnte. Für die deutsch-israelischen Beziehungen bleibt es eine schwere Hypothek, dass das jüdische Volk infolge der nazistischen Judenverfolgung ein Drittel seines Bestandes verloren und auch heute den Stand von 1933 noch nicht wieder erreicht hat, während alle anderen Völker der Welt in den letzten 40 Jahren eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen hatten.

Das deutsch-israelische Verhältnis ist auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht vor Störungen und Schwierigkeiten bewahrt geblieben. In weiten deutschen Kreisen, vor allem in Wirtschaftskreisen, wurde es als Belastung empfunden, dass eine Anzahl arabischer Staaten die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen hat, als zwischen Bonn und Jerusalem die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden. Tröstlich blieb allerdings, dass die gleichen arabischen Staaten zögerten, die DDR anzuerkennen; wahrscheinlich lag ihnen daran, den Graben zwischen ihnen und der Bundesrepublik nicht zu tief werden zu lassen.

Den Israelis fiel es nicht leicht, sich mit der von Bundeskanzler Erhard durchgesetzten Einstellung der einige Jahre vorher unter Verteidigungsminister Strauss eingeleiteten Waffenlieferungen an Israel abzufinden. Hinzu kam die Frage der deutschen Wissenschaftler und Techniker, die in Ägypten mit Rüstungsaufgaben beschäftigt waren und nur allmählich zur Beendigung dieser Tätigkeit bewogen werden konnten. Heftige Diskussionen gab es wiederholt um die nach israelischer Meinung zu niedrigen Strafen für deutsche Kriegsverbrecher. Ein wichtiges Problem wurde das der Verjährungsfristen⁷. Mehrfach entstanden Schwierigkeiten auf dem Gebiete der kulturellen Beziehungen, mit peinlichen Höhepunkten während der im November 1971 veranstalteten deutschen Kulturwoche. Neueste Belastungen waren die Trauer um die in München ermordeten israelischen Sportler und die Entrüstung über die Freigabe der überlebenden Mörder in Zagreb.

Im ganzen aber ist seit 1965 eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Dabei hat die Fortdauer der deutschen Wirtschaftshilfe eine Rolle gespielt, die seit dem Auslaufen des Luxemburger Abkommens jährlich gezahlt wird. Hinzu kommt mancherlei diplomatische und andere Hilfe, mit der die Bundesregierung Israel stützen konnte. Unvergessen ist in Israel die grosse Sympathie, die es im Juni 1967, in der Stunde höchster Bedrohung, in der Bundesrepublik gefunden hat⁸.

Dass kürzlich Bundeskanzler Willy Brandt Israel besuchen konnte⁹, ist schon durch die bloße Tatsache seines Besuchs zu einem Ereignis von ausserordentlicher Bedeutung geworden. Es kann nur mit einem einzigen Ereignis früherer Jahre verglichen werden: mit der Begegnung zwischen Adenauer und Ben Gurion in New York im Jahre 1960; was damals begonnen wurde, wurde jetzt fortgesetzt und konsolidiert. Zugleich hat sich aber gezeigt, dass bei weitem nicht alle Probleme gelöst sind. Es

gibt gemeinsame Interessen und widersprechende Interessen. Je klarer beide verstanden werden, desto leichter wird es sein, zukünftige Schwierigkeiten zu überwinden und Enttäuschungen zu vermeiden. Versuchen wir eine kurze Vergegenwärtigung der wichtigsten Interessen beider Seiten, zunächst der Interessen der Bundesrepublik.

1. Der Bundesregierung liegt daran, dass es im Nahen Osten nicht zu neuen Kämpfen kommt, dass die streitenden Parteien sich verständigen, dass Frieden herrscht. Frieden im Nahen Osten ist für Deutschland und für Europa wünschenswert wegen der geographischen Nachbarschaft und wegen der Wichtigkeit des Nahen Ostens für Welthandel und Weltverkehr. Dabei ist vor allem auch an den Suezkanal zu denken.

2. Die Bundesregierung hat ein Interesse an guten Beziehungen sowohl zu Israel wie zu den Arabern, zu den Arabern nicht nur als Öllieferanten und Wirtschaftspartnern im allgemeinen, sondern auch als einer wichtigen politischen Kraft, ohne deren Mitarbeit und positive Einordnung in das Gefüge der Weltpolitik und Weltwirtschaft eine gedeihliche Zusammenarbeit der Völker auf die Dauer kaum gedacht werden kann.

3. Die Bundesregierung hat ein Interesse daran, dass ihre Bemühungen um europäische Einheit und Zusammenarbeit und um friedliche Beziehungen nach Westen wie nach Osten nicht durch einseitiges Engagement in Richtung Israel gefährdet oder behindert werden. Als Idealziel erscheint die möglichst weitgehende Angliederung auch Israels an die in Europa und seiner Umwelt sich entwickelnde neue wirtschaftliche und politische Ordnung, jedoch begegnet solche Angliederung erheblichen Widerständen bei anderen europäischen Mächten.

4. Die Bundesregierung möchte angesichts der aus der Vergangenheit stammenden Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen Bedacht nehmen auf die Einstellung und die Bedürfnisse der heranwachsenden Generation, die, wie der Bundeskanzler in Israel gesagt hat, »mit Recht protestieren würde, wenn sie ihre Zukunft blockiert sähe durch eine Mauer von Furcht und Hass«.

Kommen wir nunmehr zu den Interessen Israels.

1. Israel erstrebt Frieden mit seinen arabischen Nachbarn, aber nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden innerhalb verteidigungsfähiger, anerkannter Grenzen, auf der Basis uneingeschränkter Anerkennung der Existenz Israels und erklärter Bereitwilligkeit seiner Nachbarn zu wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit. Israel lehnt ausländische Vermittlung ab, würde aber jede Einwirkung auf die Araber begrüßen, die das Zustandekommen direkter Verhandlungen fördern kann. In direkten Verhandlungen sieht Israel den einzigen sicheren Weg zum Frieden.

2. Israel hat ein Interesse an guten Beziehungen zur Bundesrepublik, weil es Freunde nötig hat, weil die wachsende wirtschaftliche und politische Bedeutung der Bundesrepublik in Europa und der Welt sie auch für Israel zunehmend wichtig macht, und wegen der neuerdings sichtbar gewordenen besonderen Rolle der Bundesrepublik als aktiver Faktor einer Politik der Entspannung und des Friedens. In Israel wird betont, dass die Ostpolitik der Bundesrepublik als Modell dienen könnte für eine Lösung auch des Nahost-Konflikts.

3. Israel sieht sich ausserstande, die Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen durch eine tragische Vergangenheit zu vergessen oder zu übersehen. Es erwartet deshalb von der Bundesrepublik die Anerkennung eines besonderen Charakters der deutsch-israel-

⁷ Vgl. ebd. S. 94 ff.

⁸ Vgl. FR XIX/1967. S. 14 ff.

⁹ S. u. S. 125 ff.

lischen Beziehungen, der in besonderem Verständnis für die Probleme Israels, in besonderer Verantwortung für die Existenz Israels und in entsprechender Hilfe, auch Wirtschaftshilfe, für Israel zum Ausdruck kommen soll.

4. Israel hat ein starkes Interesse an einem Ausbau seiner wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, nachdem die Fruchtbarkeit solcher Zusammenarbeit sich in der Vergangenheit bereits vielfach erwiesen hat. Zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses beider Völker erwartet Israel insbesondere den weiteren Ausbau des Jugendaustausches.

Der Besuch des Bundeskanzlers in Israel hat Gelegenheit gegeben, die beiderseitigen Positionen zu erläutern und auf ihre praktische Bedeutung für die zukünftigen Beziehungen abzutasten. Dabei hat sich ergeben, dass es hinsichtlich einer Verstärkung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit sowie hinsichtlich weiterer Förderung des Jugendaustausches keinerlei Probleme gibt. Beide Regierungen stimmen in der Zielsetzung überein. Auch Einverständnis über die sich empfehlende Technik herzustellen, sollte nicht schwer sein.

Fast problemlos ist auch das Gebiet der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Die israelische Regierung erwartet die Fortdauer der bisher in Höhe von 140 Millionen DM gegebenen jährlichen Wirtschaftshilfe. Die Bundesregierung scheint einverstanden zu sein. Sie kann sicherlich um so leichter zustimmen, als viele andere Länder Wirtschaftshilfe bekommen haben und auch den arabischen Staaten, die diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalten, Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt oder zugesagt oder schon früher geleistet worden ist.

Die israelische Regierung erwartet des weiteren zusätzliche deutsche Investitionen in Israel, insbesondere auch Investitionen der deutschen Industrie. Wenn die Bundesregierung solche Investitionen fördern will, so könnte das leicht mit Hilfe der auch sonst angewendeten Mittel wie Steuererleichterungen, öffentliche Garantien usw. geschehen. Dass es z. B. für die deutsche Industrie vorteilhaft sein kann, in Israel Zulieferbetriebe aufzubauen, steht ausser Zweifel.

Hinsichtlich deutscher Unterstützung Israels in der EWG sind die Israelis schon immer zufrieden gewesen. Sie haben kaum Veranlassung, für die Zukunft skeptisch zu sein. Wenn die Bundesregierung für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Israels eintritt, so kostet sie das wenig. Für Israel dagegen ist ein solcher Freundschaftsbeweis neuerdings um so wertvoller geworden, als infolge der Erweiterung der EWG ein um so grösserer Teil des israelischen Exports betroffen ist.

Damit sind die Gebiete, auf denen zwischen Israel und der Bundesrepublik im wesentlichen Einverständnis besteht, erschöpft. Kein Einverständnis besteht vorläufig hinsichtlich einiger von Israel vorgebrachter Wiedergutmachungsfragen. Vor allem aber in den rein politischen Fragen tun beide Seiten sich ziemlich schwer. Wahrscheinlich wird es bis auf weiteres so bleiben. Und nur an Hand der jeweils auftauchenden Einzelfragen wird man abzulesen vermögen, wie weit die Übereinstimmung geht oder gehen kann.

Die umfangreichen Betrachtungen, die die israelische Presse dem Brandt-Besuch gewidmet hat, lassen leicht erkennen, wo die Schwierigkeiten liegen. Zwei Begriffe tauchen besonders häufig auf. Diese beiden Begriffe sind »Normalisierung« und »Araber«.

Seit langem ist deutlich geworden, dass die Bundesregierung eine zunehmende Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen erstrebt, d. h. eine allmähliche Freistellung von den Belastungen der Vergangenheit. Ebenso deutlich ist, dass die israelische Regierung und die grosse Mehrheit der israelischen Bevölkerung sich ihre Beziehungen zu Deutschland höchstens im technischen Sinne, nicht dagegen in ihrem Inhalt als normal vorzustellen vermögen.

Als vor zwei Jahren Aussenminister Scheel in Israel war, da wurde Einverständnis dafür hergestellt, dass die deutsch-israelischen Beziehungen einen besonderen Charakter haben, dass sie einen besonderen Akzent behalten, dass sie Beziehungen besonderer Art sein würden. In Israel ist der Eindruck entstanden, dass der Besuch des Bundeskanzlers einen merklichen Schritt in der Richtung des Abbaus aller Besonderheiten, also in der Richtung völliger, auch inhaltlicher Normalisierung bedeutet. Festgelegt ist das nirgends. Der Bundeskanzler hat in Israel mehrfach betont, dass die tragische Vergangenheit nicht vergessen werden soll. Er hat die Formel »normale Beziehungen mit besonderem Charakter« geprägt. Viele Israelis sind aber beunruhigt. Sie kennen und schätzen die persönliche Einstellung des Kanzlers. Sie möchten aber wissen, welche Konsequenzen diese Einstellung haben wird.

Aussenminister Abba Eban hat betont, dass Haarspaltereien sinnlos sind, dass man also nicht darüber streiten sollte, ob z. B. »normale Beziehungen besonderen Charakters« die nunmehr adäquate Ausdrucksweise sein kann oder soll oder nicht. Einmütigkeit besteht in Israel aber darüber, dass von den Deutschen auch in Zukunft mehr erwartet werden muss als von anderen Völkern, die sich den Juden gegenüber nicht in gleichem Masse schuldig gemacht haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Rechtsanspruch. Hinsichtlich des moralischen Hintergrunds und der psychologischen Bedeutung dieses Problems aber kann es keine Zweifel geben.

Am deutlichsten tritt die Natur der israelischen Bedenken hervor, wo das Verhältnis Israels zu den Arabern angesprochen wird. Der Bundeskanzler hat die Meinung geäussert, die Friedensbereitschaft der Araber sei grösser als gemeinhin angenommen werde. Den Israelis fällt es schwer, das zu glauben, weil sie allzuoft neue arabische Kriegsdrohungen hören, und weil sie genau wissen, wie oft schon arabische Politiker mit zwei Zungen gesprochen haben; gemässigt gegenüber Ausländern und kriegswütig gegenüber den eigenen Bürgern.

Von spezieller Wichtigkeit für Israel ist die Frage, was es in Zukunft von der Bonner Nahost-Politik zu erwarten hat, die, wie es heisst, »neutral« und »ausgewogen« sein soll. Kein Israeli kann sich vorstellen, wie der Staat Israel, für dessen Existenz die Bundesrepublik mitverantwortlich ist und mitverantwortlich sein will, im Ernst auf einer Ebene gesehen werden kann mit arabischen Staaten, die Israel mit Vernichtung bedrohen und terroristische Organisationen unterstützen, die auch die Bundesrepublik in ihre mörderischen Aktionen einbezogen haben. Besondere israelische Bedenken hat die Ankündigung hervorgerufen, dass die Bundesregierung die zeitweise Arabern gegenüber praktizierten Einreisebeschränkungen wieder aufheben will.

Weitere Fragen, die mit dem Begriff Normalisierung zusammenhängen, betreffen die Politik der Bundesregierung innerhalb der europäischen Gemeinschaft und, zukünftig, in der UNO. Wird die Bundesregierung um

der europäischen Einheit willen mit den Franzosen und den Briten gegen Israel stimmen? Oder wird sie sich einer besonderen Verpflichtung gegenüber Israel bewusst bleiben? Viele Israelis sind besorgt.

Beim Brandt-Besuch bestand Einmütigkeit darüber, dass die Bundesregierung nicht versuchen soll, im Nahen Osten als Vermittler aufzutreten. Der Hinweis Brandts, dass dies eher Aufgabe der UNO und ihrer Organe sei, weckte aber schon wieder israelische Bedenken. Nach den bisher gemachten Erfahrungen versprechen die Israelis sich von der UNO und vom Sicherheitsrat, mit ihrer eindeutig antiisraelischen Mehrheit, nichts. Die israelische Regierung will nur direkte Verhandlungen mit den Arabern. Alles andere ist ihr verdächtig.

Es ist nicht so, dass man in Israel kein Verständnis aufbrächte für den Wunsch der Bundesregierung, den Arabern und den europäischen Nachbarn gegenüber den Rücken freizuhaben, also nicht durch einseitige Rücksichten auf Israel gebunden zu sein. Verstanden wird auch der Wunsch Brandts, den Interessen der heranwachsenden Jugend Rechnung zu tragen. Verständnis bedeutet aber noch nicht Zustimmung.

Der Bundeskanzler hat versprochen, dass die Bundesregierung nichts tun wird, was Israel schaden kann oder was ihm nach Meinung der israelischen Regierung schaden könnte. Diese Zusage geht sehr weit, und sie sollte vorläufig als befriedigend und ausreichend betrachtet werden dürfen.

Die Bundesrepublik ist seit langem ein besserer Freund Israels gewesen als die grosse Mehrheit der anderen Staaten. Die meisten Israelis wissen das. Sie möchten, dass es so bleibt. Sie möchten, dass in der Politik der Bundesrepublik weiterhin eine besondere Verantwortung für Israel wirksam ist. Sie hoffen, dass die Bundesrepublik sich auch in Zukunft als Freund erweisen wird, als ein Staat der hilft, so weit es im Rahmen der eigenen Interessen und der allgemeinen politischen Situation irgend möglich ist.

Wenn einerseits die Israelis auf übertriebene Erwartungen an die Politik der Bundesregierung verzichten, andererseits die Bundesregierung realistischen israelischen Wünschen entgegen kommt, dann sollte eine im ganzen harmonische Beziehung, trotz vielleicht unvermeidlicher Schwierigkeiten, als gesichert betrachtet werden können.

II Aus der Tischrede bei einem Abendessen anlässlich des Empfangs in der Knesset am 7. Juni 1973 zu Ehren des Bundeskanzlers bei seinem Besuch in Israel vom 7. bis 11. Juni 1973

Dem Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung¹ entnehmen wir folgende Ausführungen von Bundeskanzler Brandt anlässlich seines Besuches in Israel. Das Bulletin schreibt zu diesem Besuch:

»Auf Einladung von Premierminister Frau Golda Meir stattete Bundeskanzler Willy Brandt vom 7. bis 11. Juni 1973 Israel einen Besuch ab. Es war der erste offizielle Besuch eines deutschen Regierungschefs in Israel.

Die Gespräche, die der Bundeskanzler mit der israelischen Regierung führte, waren von dem gemeinsamen Wunsche beseelt, auf dem Hintergrund einer unglückseligen Vergangenheit im Verhältnis der beiden Völker ein neues Blatt aufzuschlagen. Die aus Anlass des Besuches gemachten öffentlichen Erklärungen legen davon Zeugnis ab.«

Bundeskanzler Willy Brandt erwiderte auf die Begrüßungsworte von Premierminister Frau Golda Meir mit einer Tischrede, aus der wir einige Auszüge bringen:

Frau Premierminister!

... Der Besuch eines deutschen Regierungschefs in Israel ist keine Selbstverständlichkeit. Die Tatsache, dass er möglich geworden ist, beweist, wenn Sie dieses Wort erlauben, eine tapfere Kraft der Vernunft. Es brauchte vor allem Geduld und unendlich viele Beispiele des guten Willens, die bescheidenen, alltäglichen noch mehr als die demonstrativen –, um der Einsicht den Weg zu ebnen, dass die Völker nicht dann die rechten Lehren aus der Vergangenheit ziehen, wenn sie sich zu Gefangenen des Gestern und Vorgestern machen. Aber ich weiss wohl: dies sagt sich leicht. Ich weiss auch dies: wie unendlich schwer das scheinbar Einfache sein kann.

Als Deutscher und im Namen der grossen Mehrheit meiner Landsleute darf ich sagen: die Anerkennung der Mitverantwortung für die Verbrechen, für den der Nazismus den Namen Deutschlands missbrauchte, war für uns der entscheidende Akt der inneren Befreiung, ohne die unsere äussere Freiheit nicht glaubwürdig und zuverlässig sein würde. Die drei Jahrzehnte, die uns von dem Schrecklichen entfernen, haben uns nichts vergessen lassen, was nicht vergessen werden darf.

Inzwischen sind neue, selbstbewusste Generationen herangewachsen. Ich will sie nicht besser machen als sie sind. Sie würden sich zu Recht dagegen wehren, wollten wir ihr Leben durch Mauern von Furcht und Hass verstellen. Doch ich habe bei guter Gelegenheit darauf hingewiesen, dass niemand, sei er noch so jung, aus der Haftung der Geschichte entlassen werden kann. Hier hilft auch keine idealistische Rebellion. Geschichte, wie bitter sie auch sein mag, ist Realität, die täglich in unserer Gegenwart und die in unsere Zukunft fortwirkt. Auch diese Realität fordert Anerkennung...

In der Bundesrepublik Deutschland wünschen wir nichts aufrichtiger, als dass Israel und seine arabischen Nachbarn miteinander zu einem guten Frieden, zu einem Frieden des Ausgleichs und der Zusammenarbeit finden. Ich kam jedoch nicht hierher, um Ratschläge zu geben. Meine Regierung masst sich schon gar nicht die Rolle eines Vermittlers an. Selbst im Dienst des guten Willens und der guten Sache wollen wir uns und der Welt nicht mehr zumuten als es die Verhältnisse der Macht und der Vernunft erlauben...

Was uns in der Bundesrepublik Deutschland angeht: wir entziehen uns keiner Verantwortung. Doch ich glaube, wir werden ihr vor allem dann gerecht, wenn wir zeigen, wie ernst wir selbst die Pflicht des Friedens nehmen, wenn wir beweisen, dass auch schwierige Probleme im eigenen Haus und in der unmittelbaren Nachbarschaft lösbar sind, manchmal gewiss nicht ohne Opfer.

Spätestens seit der düsteren Stunde, in der mit der nationalen Katastrophe auch die ganze bittere Wahrheit auf Deutschland hereinbrach, haben wir begriffen, dass niemals mehr das Lebensrecht eines Volkes bedroht werden darf. Der Staat Israel steht für das gesicherte Lebensrecht des jüdischen Volkes.

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach der Aussöhnung mit den Nachbarn im Westen ihren Weg zu einer guten Nachbarschaft und einer Ordnung des Friedens mit den Nachbarn im Osten gesucht. Es war kein leichter Weg. Er verlangte den Verzicht auf Illusion, ja sogar den Abschied von Hoffnungen, die das Recht auf ihrer Seite hatten. Aber wir hatten uns der Einsicht zu beugen, dass

¹ Nr. 71 / S. 701. Bonn, 13. 6. 1973.